

# Ostland-Berichte

## Reihe B: Wirtschafts-Nachrichten.

Herausgegeben vom Ostland-Institut in Danzig

### Inhalt:

Herabsetzung des Inlandpreises für Kohle.

Bregeolen und Pommerellen als Hauptgetreideproduzenten Polens.  
Zur Kolonisierung Polens.

### Herabsetzung des Inlandpreises für Kohle.

Seit mehreren Jahren hat der polnische Kohlenhandel keine so feste Tendenz mehr gezeigt wie im ersten Halbjahr 1934. Vor allem ist es die Kohlenausfuhr, die nach den bisher bekannt gewordenen Zahlen von Januar bis Juni eine Steigerung von 15 % im Vergleich zu der Zeit des Vorjahres erfahren hat; das zweite Vierteljahr allein habe sogar eine 22prozentige Zunahme ausgewiesen. Als die wesentlichen Erfolge der polnischen Kohlenpolitik seien hierbei zu nennen: Der zunehmende Austauschverkehr mit Italien, die Vereinbarungen mit Österreich, wonach dieses sich zur Abnahme eines monatlichen Kontingents von 60 000 t Kohle und 13 000 t Koks verpflichtet habe. Die auf Grund des Vertrages zwischen der polnischen Kohlenkonvention und der belgischen Regierung festgelegte Abnahmemenge betrage 40 000 t im Monat, welche Höhe bisher wesentlich überschritten worden sein soll. Schweden schließlich habe sich einverstanden erklärt, 47 % seines Kohlenbedarfes mit polnischer Kohle zu decken.

Diese zunehmende Ausfuhrentwicklung gehe jedoch nach wie vor auf Kosten des inländischen Verbrauchers. Zwar habe der Absatz im Inlande bis Juli ebenfalls etwas zugenommen, doch sei dies in erster Linie auf eine leichte Wirtschaftsbelebung zurückzuführen. Dagegen sei in letzter Zeit in der allgemeinen Erwartung einer Herabsetzung der Kohlenpreise und der Frachtsätze auf der Eisenbahn eine zunehmende Zurückhaltung vor größerem Einkauf zum Winter zu verzeichnen gewesen.

Die durch die lange Krisenzeit Platz gegriffene Verarmung der Bevölkerung sei eine derartige, daß mit den schlimmsten Folgen gerechnet werden müsse, wenn die Regierung sich nicht bald zu einem entscheidenden Schritt entschließen können. Die Herabsetzung der Preise für Industrieerzeugnisse bis zu einem Niveau, das dem verminderten Verdienst der Stadtbevölkerung und der Lage der aller Weltmittel fast völlig entliehenen Landbevölkerung entspreche, sei heute eine der größten Sorgen der Regierung. Nachdem man sich zur Ermäßigung der Zucker- und Petroleumpreise bereitgefunden habe, müsse man sich endlich auch zur Herabsetzung des Kohlenpreises entschließen können. Denn der Kohlenpreis sei unverhältnismäßig höher als der Preis irgendeines anderen Erzeugnisses. Hier müsse man sich fragen, durch welche Umstände diese Tatsache gerechtfertigt sei?

„Denn eine Tonne Brennkohle, die für den Binnenmarkt bestimmt ist, kostet loco Grube sowohl in Schlesien wie im Dabrowa'er Becken durchschnittlich 22 Zloty, während in Thory der Verbraucher für dieselbe Kohle 53 Zloty und im Kleinverkauf sogar 56 Zloty zahlt.“

Irgendetwas ist hier nicht in Ordnung. Der Unterschied zwischen dem Kohlenpreise an der Grube und dem Preise in Pommerellen (wie übrigens beispielsweise auch in Warschau) beträgt 150 Prozent! Was zeugt sich bei einer näheren Untersuchung dieser Entscheidung? Vor allem fällt

einem der unverhältnismäßig hohe Frachttarif für Kohle auf. Für die Beförderung einer Tonne Kohle aus Schlesien nach Warschau erhebt die Eisenbahn 17,20 Zloty. Dazu kommen noch allerhand Nebengebühren, wie Stangeld auf den Bahnhöfen, Verladungsspesen u. a. m., so daß also runde Summe für die Beförderungskosten einer Tonne Kohle 19 bis 20 Zloty angenommen werden müssen.

Aber das macht zusammen erst 41 bis 42 Zloty loco Bestimmungsort aus. Wo bleibt also die Spanne zwischen dieser Summe und dem Kleinverkaufspreise? Sie wird von den übermäßigen Vermittlungskosten verschlungen. Die teure Beförderung und der übermäßige Zwischenhandel, das sind die beiden Hauptgründe der Kohlentuerung in Polen. Davon muß deshalb auch bei der Revision des augenblicklichen Kohlenpreises ausgegangen werden. Die Beförderungskosten müssen ermäßigt und der Verkauf möglichst vereinfacht werden.“

Im Gegensatz zu diesen allgemeiner gehaltenen Betrachtungen und Forderungen glaubt das oppositionelle Korrespondenzblatt, die Ratowitzer „Polonia“, die Schuld für die schwierige Lage der Industrie, wie zum großen Teil der Wirtschaft überhaupt, der Unfähigkeit der Regierung aufzueben zu müssen. Das seit Jahren zu verfallende Abfließen des Binnenmarktes sei nicht allein die Folge der Krise,

„sondern auch der Finanz- und Wirtschaftspolitik“ — des Staates — „die durch ihre Unterstützung des Großgrundbesitzes und der Großindustrie sowie der Kartellierung und im Zusammenhang damit des gedumpten Exportes zur Verarmung der Masse und der Verkrüppelung des inländischen Absatzmarktes beiträgt, der Bevölkerung immer größere Tribute auferlegt und systematisch unseren Reichtum und die Früchte unserer Arbeit ausverkauft. Das kann durch die gelegentliche Festnahme irgendeines Direktors einer Unternehmung wegen Ausschreitung oder Mißbrauch nicht vertuscht werden, weil dies allzu oft aus Gründen des Effektes und um die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von den inneren Schwierigkeiten abzulenken, getan wird. Je größer diese inneren Schwierigkeiten werden, desto mehr jagt man nach derartigen Effekten und billiger Popularität.“

Die politische Notwendigkeit diktierte die Parole: Wendung zum einfachen Bürger. Zucker- und Petroleumpreis wurden ermäßigt. Wenig Nutzen hat der verarmte einfache Mann von dieser Ermäßigung gehabt, und die Unternehmer werden die durch die Preisermäßigung erlittenen Verluste anderweitig wettmachen, soweit sie das nicht schon getan haben. Nach Zucker und Petroleum kommt die Kohle an die Preisermäßigung der Erzeugnisse der Schwerindustrie, insbesondere Kohle und Eisen.“

Gegen die Forderung nach Kohlenpreisermäßigung führten die Produzenten zahlreiche Argumente an, vor allem, daß dies ohne einen Ruin eines großen Teiles der Kohlenindustrie nicht möglich sein werde, daß gerade die Kohlenindustrie infolge des notwendigen Aufstiegsbumpings, der großen Verfallung, der Verschuldungs- und Sozialkassen sich in einer ungleichmäßig schwierigen Lage befindet. Wie dem auch sei, so sei und müsse die Senkung des Kohlenpreises möglich gemacht werden.

In diesem Falle aber müsse vor allem die Regierung mit gutem Beispiel vorangehen, die bisherige Tarifpolitik und die Rantulationsgebühren einer Revision unterziehen und dem geistlosen Fiskalismus ein Ende machen.

Diese von der „Polonia“ kritisierte Einstellung der Kohlenproduzenten kommt dann auch in einem Artikel der „Codzienna Gazeta Handlowa“ über die Kohlenpreislenkung zum Ausdruck. Daraus geht hervor, daß die in der Presse verbreiteten Nachrichten über eine bevorstehende Preislenkung in der Tat der Grundlage nicht entbehren. Dagegen verneint die Kohlenindustrie die Annahme, als ob die Preislenkung durch ein Dekret der Regierung Platz greifen könnte.

„Erfolgen kann und wird sie auf die Forderung der maßgeblichen Regierungsstellen hin, aber nicht in Form eines Dekrets, sondern durch Beschluß der Kohlenindustrie selbst. Was die Ermäßigung selbst und ihre möglichen Folgen betrifft, so erwartet man allgemein in den Kreisen der Kohlenindustrie, daß sie wahrscheinlich den Zusammenbruch einer Reihe von Gesellschaften zur Folge haben werde, was sich in vollem Umfange bereits nach Ablauf der nächsten Wintermonate, d. h. ungefähr zu Beginn des Jahres 1935 zeigen wird, umso mehr, als infolge der Verbreitung der allgemeinen Nachrichten über die geführten Verhandlungen zwecks Senkung des Kohlenpreises und des Eisenbahntarifes für Kohlentransporte die Masse der Abnehmer — sowohl Handel und Industrie und sogar die Privatverbraucher — sich soweit als möglich vor Käufen zurückhält und nur die allernotwendigste Menge hereinnimmt, so daß dadurch die jetzige Saison für die Kohlenindustrie in großem Umfange als verloren angesehen werden muß. Deshalb werden die Folgen der beabsichtigten Preislenkung früher eintreten und jedenfalls unter Berücksichtigung des spezifischen Arbeitscharakters in der Kohlenindustrie sehr bedeutend sein. Die Kohlenindustrie hat sich organisiert, um allen zusammenge-schlossenen Kohlegesellschaften die Existenz zu sichern, wobei gleichzeitig die von den einzelnen Gesellschaften übernommenen Verpflichtungen diese zwingen, die überschüssige Produktion zu exportieren. Dies wird sich jedoch nur bis zu einem gewissen Maße aufrecht erhalten lassen, denn mit dem Augenblick, in dem die Abschlüsse, die auf Grund der von der Organisation genormten Preise erreicht werden, den einzelnen Mitgliedern keine Existenzmöglichkeit mehr geben, werden diese Mitglieder, die nichts mehr zu verlieren haben, aus der Organisation ausbrechen, um durch die auf dem Inlandmarkt abgesetzten Mengen, die durch die genormten Abschlüsse entstandenen Verluste zu decken. Sobald jedoch auch nur eine einzige Gesellschaft aus der Organisation ausbricht, wird diese zu bestehen aufhören, und es wird ein Kampf aller gegen alle um den Absatz auf dem Inlandmarkt mit gleichzeitiger Vernachlässigung des Exportes beginnen. Dies wird zumindest solange andauern, wie die Preise auf dem Inlandmarkt nicht unter die Exportpreise heruntergehen. Diese letzteren werden jedoch keiner Gesellschaft die Existenzmöglichkeit und werden keine dauernden sein, da sie keine Kalkulation aushalten. Dagegen werden sie notgedrungen zum Zusammenbruch vieler Unternehmungen führen, in deren Folge der gesamte Absatz nach diesen von den übrig bleibenden Unternehmen, die länger durchzuhalten vermochten, übernommen werden wird.“

Die Kohlenpreislenkung, die demnach wohl in Kürze werde durchgeführt werden, würde dann bereits die zweite Preislenkung in diesem Jahre sein. Die erste habe, wie die „Gazeta Warszawska“ meint, „18 bis 20 Prozent . . . in der Theorie“ betragen. Das praktische Ergebnis sei dagegen nur gewesen, daß der Kohlenverbraucher in Warschau schließlich 2 Zloty je Tonne weniger gezahlt habe als vorher, was einem Anteil von nur 4 % gleichkommen sei. Die genannte Zeitung bringt dafür folgende Erklärung:

„Der Preis für die Beförderung unterlag keiner Veränderung und kostete 17 bis 19 Zloty je Tonne. Aber der Kohlenpreis loco Grube betrug rund 32 Zloty. Die Ermäßigung hätte deshalb mindestens über 6 Zloty betragen müssen. Sie machte jedoch nur 2 Zloty aus.“

Diese Tatsache beweist deutlich den Wert der Senkung der Kartellpreise, für die in der Sanierungs- und Preislenkungs-Kampagne gemacht wurde. Das Geheimnis liegt darin, daß die Kohlengruben schon lange vor der offiziellen Senkung der Kohlenpreise einen stillen Konkurrenzkampf im Rahmen der „Kohlenkonvention“ führten. Das Kohlenkartell ist eine der loseren Verstandungen dieser Art in Polen, und deshalb war ein solcher Kampf überhaupt möglich. Es wurden im stillen Rabatte und Nachlässe verschiedener Art vergrößert. Als im April die Preislenkung kam, wurden alle stillen Nachlässe aufgehoben: Der Großkaufmann oder Abnehmer wurde gezwungen, den vollen Kartellpreis zu zahlen.

Es ist möglich, daß jetzt kein zu kassierender Rabatt mehr vorhanden ist, und daß der Preis tatsächlich bei der Brennkohle um 12 %, bei der Industriekohle um 15 % und beim Schutt um 3 % ermäßigt wird. Wir werden es sehen.“

Schließlich habe man sich auch zu einer Senkung des Frachtariffs entschlossen. Danach werde in Zukunft die Beförderung einer Tonne Kohle nach Warschau rund 14 Zloty kosten, während die Exportkohle nach Odingen für 4,80 Zloty je Tonne befördert werde. Die Eisenbahnen seien heute in einer solchen Lage, daß eine Vergrößerung der Frachten nur eine geringe Zunahme der Betriebskosten zur Folge habe. Aus diesem Grunde müßte sich denn auch die Eisenbahn zu einer generellen Ermäßigung bereit finden.

[„Polonia“ vom 22. und 27. 9. 1934; „Gazeta Gdanska“ vom 12. 10. 1934; „Codzienna Gazeta Handlowa“ vom 19. 10. 1934; „Gazeta Warszawska“ vom 20. 10. 1934.]

## Großpolen und Pommerellen als Hauptgetreideproduzenten Polens.

Als kurz nach der diesjährigen Ernte Befürchtungen wegen eines großen Ernteausfalles laut wurden, in dessen Folge man damit glauben zu müssen, daß man zur Versorgung des Binnenmarktes möglicherweise sogar Getreide aus dem Ausland werde einführen müssen, da hat man in ganz Polen, und besonders in Warschau, in banger Erwartung den Erntebefund aus Großpolen und Pommerellen entgegengelesen. Kleinpolen war durch die überwommungsmassale Katastrophe mit einem Male zu Fuß geworden, so daß das enttäuschende Ergebnis lediglich von dem ehemals preußischen Teilgebiet, das allerdings auch von einer empfindlichen Mißernte betroffen war, beeinflusst werden konnte.

Zus diesem Grunde hat die „Codzienna Gazeta Handlowa“ Erhebungen angestellt, deren Ergebnisse in Bezug auf Großpolen und Pommerellen sie in einem Artikel vom 4. Oktober veröffentlicht.

Es ist verständlich, daß in Warschau große Erregung entstand, als aus Großpolen die ersten Nachrichten über die schlechte Ernte eintrafen. Denn genau so, wie Großpolen und Pommerellen vor dem Kriege die Kornkammer des Reiches gewesen seien, so nehmen sie auch heute eine Ausnahmestellung innerhalb Polens ein. Die überschüssige dieses Gebietes bedeuten nicht nur die Zufüsse anderer Provinzen, sondern lieferten auch 95 % des gesamten polnischen Getreideports.

Zum besseren Verständnis dieser Tatsache macht dann das Blatt einige Angaben über die überschüssige dieses Gebietes in den letzten Jahren.

„Im Jahre 1928 betrug der Überschuß in der Weizenproduktion, der aus dem Posen'schen und Pommerellen nach den übrigen Provinzen und ins Ausland ausgeführt wurde, rund 129 000 Tonnen, während in der gleichen Zeit der Überschuß aller anderen Wojewodschaften zusammen kaum 2 ½ mal weniger betrug. Daraus folgt, daß die beiden westlichen Wojewodschaften allein in einem Jahre dreimal so viel Weizen ausgeführt haben wie das ganze übrige Polen.“

Im Jahre 1930 betrug der Überschuß der Roggenproduktion in Großpolen und Pommerellen 200 000 Tonnen, dagegen in

den übrigen Wojewodschaften fast um die Hälfte weniger. In dem gleichen Jahre hatten die beiden westlichen Wojewodschaften in dem auswärtigen Gersteumsatz einen Aktivsaldo von 142 000 Tonnen zu verzeichnen, während er bei den übrigen Wojewodschaften nur zusammen 100 000 Tonnen betrug. Im gleichen Zeitabschnitt hatte der großpolnisch-pommereller Landestell einen Haferüberschuß von 50 000 Tonnen, dagegen das übrige Polen nur 36 000 Tonnen."

Am Anschluß daran kommt die Zeitung für die diesjährige Ernte in Posen und Pommerellen zu folgendem Ergebnis:

"Vor allem muß festgestellt werden, daß die diesjährige Ernte in Pommerellen bedeutend besser ausgefallen ist als in Großpolen. So hat beispielsweise der Weizen fast gar nicht gelitten, so daß seine Erträge keineswegs schlechter sind als die vorjährigen, und ebenso sind die Gersteerträge überhaupt nicht schlechter als im Vorjahre. Bei einer allgemeinen Erntebeurteilung in Pommerellen kann man ohne weiteres behaupten, daß die diesjährigen Erträge höchstens um 10 bis 20 % hinter den vorjährigen zurückstehen. Die Roggenenerträge im Gesamtdurchschnitt der Pommereller Wojewodschaft sind nach den bisherigen Berechnungen kaum um 5 bis 8 % niedriger als im Vorjahre. Die Körner sind gut, da der Roggen größtenteils im Juli, also bei günstiger Witterung, vor Beginn der Regenzeit eingebracht wurde. Gerste und Hafer halten sich auf der vorjährigen Höhe, dagegen sind die Erträge der Hülsenfrüchte infolge der durch die Blattläuse in ganz Pommerellen verursachten Schäden äußerst gering.

Bedeutend schlimmer ist die Lage in Großpolen. Vor allem fallen hier die starken Unterschiede in den Ernteerträgen auf; wenn wir die Linie Lissa—Bromberg nehmen, so treffen wir im Westen von ihr schlechtere Erträge an als im Osten. In Gegensatz zu dem Kujawier, Schrodaer und Krotoschnier Bezirk erreichen westlich der Linie Lissa—Bromberg, besonders in der Gegend von Filehne, Birnbaum und bei Lissa selbst auf den leichten Böden am Schokken und Wongrowitz die Ausfälle 40 bis 60 % der vorjährigen Ernte, und geradezu katastrophal sind die Ausfälle bei Filehne, wo sie bis zu 70 % der vorjährigen Ernte ausmachen!"

Bei einer allgemeinen Beurteilung der Ernteergebnisse in Großpolen kann auf Grund der bisherigen Druckergebnisse gesagt werden, daß in der ganzen Wojewodschaft Posen die diesjährigen Ernteerträge um 30 bis 35 % unter den vorjährigen liegen.

"Für die einzelnen Getreidearten lassen sich folgende Erträge berechnen: Die Güte des Roggens ist nicht schlecht, dagegen ist seine Menge um 15 bis 20 % geringer als die des Vorjahres; Weizen haben wir um 20 bis 25 % weniger, dagegen stellen sich bedeutend schlechter die Hafer- und Gersteerträge dar. Nach den bisherigen Berechnungen gibt es in diesem Jahr in Großpolen Hafer um 50 % und Gerste um 49 % weniger als im Vorjahre. Daraus läßt sich entnehmen, daß die Sommersaaten bedeutend stärker gelitten haben als die Wintersaaten."

Unter diesen Umständen seien die Aussichten auf eine Getreideausfuhr in diesem Jahre sehr gering. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß Großpolen und Pommerellen trotz des verhältnismäßig guten Ernteergebnisses in dem letzteren Gebiete in diesem Jahre nicht so wie sonst die Rolle des Getreideüberschusses für Polen werden spielen können. Denn während unter normalen Verhältnissen der landwirtschaftliche Betrieb in Großpolen im Durchschnitt 20 % des Getreideüberschusses seiner Wirtschaft verkaufen konnte, werden diese Überschüsse, sofern sie überhaupt vorhanden sein werden, in großem Umfange den Hoferausfall ersetzen müssen und der Verfütterung dienen.

Während nun Großpolen und Pommerellen in anderen Jahren nach den übrigen Gebieten Polens zur Deckung des inneren Marktbedarfes rund 180 000 Tonnen der verschiedenen Getreidearten verhandelt habe, müsse in diesem Jahre mit einer Verringerung

dieser Summe um ein gutes Drittel gerechnet werden, wobei es zweifelhaft sei, ob eine Zufstellung von Hafer überhaupt möglich sein werde.

Zur Veranschaulichung des Bildes gibt die Enquete der „Codzienna Gazeta Handlowa“ noch einen Überblick über die Viehfütter- und Hackfrüchternte, die bedeutend schlechter ausgefallen sei als die Getreidernte. Vor allem die Viehfütterernte habe sowohl in Großpolen wie Pommerellen stark enttäuscht. Der erste Heuschchnitt ist fast um 70 % schlechter als der vorjährige. Deshalb könne man auch in Bezug auf das großpolnisch-pommereller Gebiet von einer Mindernte des Viehfutters sprechen. Das Ergebnis dürfte daher sein, daß dieses sonstige Überflutungsgebiet aus anderen Teilen Polens das fehlende Futter werde einführen müssen. Dies umso mehr, als auch der Kleeertrag sehr schlecht sei und stellenweise sogar vollkommen fehle. Ebenfalls katastrophal sei der Ausfall an Hülsenfrüchten, der fast ohne Ausnahme um 70 % der Normalernte betrage.

Eine Ausnahme bilden die Kartoffeln, deren Ernteergebnis als normal anzusehen sei. Infolge der starken Viehfütterernte seien sie jedoch teilweise ausgemacht, so daß eine längere Lagerung in Furchen sich ungünstig auswirken dürfte.

Während somit in Bezug auf Getreide in Großpolen und Pommerellen kaum Ausfälle zu verzeichnen sein dürften, so würden diese in Bezug auf Viehfutter umso empfindlicher sein. Auf die Auswirkungen für die Viehhaltung einzugehen, erübrige sich, da die Erscheinung des Verkaufes von Jung- und vom Teil sogar Zugoch durch die Kleingrundsbesitzer beinahe schon zu einer Deckerhebung geworden sei.

Zusammenfassend lasse sich also feststellen, daß die Ernte Großpolens bedeutend schlechter als in den früheren Jahren ausgefallen sei, dagegen sei sie in Pommerellen, sofern man sie mit den Ergebnissen im übrigen Polen vergleiche, keineswegs schlecht zu nennen. Wenngleich Großpolen in diesem Jahre nicht im gleichen Maße wie sonst Getreide für Ausfuhr und die übrigen polnischen Gebiete werde zur Verfügung stellen können, so werde es jedoch auch nicht gemungen sein, Getreide aus anderen Gebieten einzuführen. Teilweise würden die diesjährigen Ausfälle auch noch durch die verbliebenen Überschüsse des Vorjahres gedeckt. Ebenfalls aber werde Großpolen im ganzen einen beträchtlich niedrigeren Getreideüberschuß haben. Katastrophal stelle sich lediglich die Viehfütterernte dar.

[„Codzienna Gazeta Handlowa“ vom 4. 10. 1934.]

## Zur Kolonisierung Polens.

Die Trockenlegung und die in der Folge damit verbundene Befriedung dieses größten aber am wenigsten dicht bewohnten Landesteiles gehört zu den ältesten polnischen Landbesiedlungsplänen. Waren es früher vor allem bodenökonomisch-politische Gründe, die neben den wirtschaftlichen dazu drängten, so sind in letzter Zeit die wirtschaftlichen Momente, nämlich die Hoffnung, durch die Kultivierung des Offens eine nennenswerte Entlastung des Arbeitsmarktes herbeizuführen, bei der Behandlung dieses Problems stärker in den Vordergrund getreten.

Wie das Wiener „Elwmo“ vor längerer Zeit berichtete, hätten sogar die Juden ein gesteigertes Interesse für die Kolonisierung Polens bewiesen. Denn bereits im Jahre 1932 sei auf einer Versprechung der jüdischen Vertreter in Warschau der Plan gefaßt worden, 200 000 jüdische Familien auf dem Lande anzusiedeln. Im Zusammenhang damit habe man sich auch bereit erklärt, die Melioration dieses Gebietes zu finanzieren, sofern sich der Polnische Staat bereit erkläre, 66 % des meliorierten Landes unter die Juden zu verpartzellieren.

Am sachlichsten und entscheidendsten sei die Frage der Kolonisierung in einzelnen Artikeln und Schriften von W. Stubiński und Czerwiński vertreten worden<sup>\*)</sup>. Die Beweisführung Stubiński's lasse sich folgendermaßen wiedergeben:

\*) Die Schrift von W. Stubiński: „Die östlichen Gebiete, ihr Wirtschaftszustand und ihre Entwicklungsmöglichkeiten“, der Artikel von Czerwiński über die Kolonisierung der Ostgebiete in der „Gazeta Rolnicza“ vom 15. 2. 1929 und 6. und 9. 2. 1934.

Die weißen Ostgebiete seien das naturgegebene Kolonisationsgebiet, wofür schon allein die Tatsache spreche, daß trotz eines flächenmäßigen Anteiles des Ostens in Höhe von 34 % der Gesamtunterfläche Polens er nur kaum 20 % der Bevölkerung von ganz Polen bei sich beherberge.

Von allen östlichen Wojewodschaften ist das wichtigste Kolonisationsgebiet die Wojewodschaft Polesien, die nach der Trockenlegung den fruchtbarsten Boden besitzen wird und die im Vergleich zu anderen östlichen Wojewodschaften verhältnismäßig besser mit Eisenbahnliesen versehen ist. Sie besitzt außerdem den geringsten Prozentsatz polnischer Bevölkerung. Infolge der augenblicklichen dünnen Besiedlung Polesiens ist die Erreichung einer polnischen Mehrheit durch Kolonisation nicht schwer möglich, da diese Wojewodschaft rund 15 Einwohner nichtpolnischer Nationalität auf den Quadratkilometer besitzt und die Erhöhung der Bevölkerungszahl bis zu 40 Einwohnern möglich ist. Die Krakauer und Kielcer Wojewodschaft müßten aus der Natur der Sache die Kolonisten für unseren Osten liefern. Diese beiden Wojewodschaften besitzen die größte Anzahl kleiner und Zwergbesitzer mit einem Besitz bis zu 2 ha oder von 2 bis 5 ha und am wenigsten größeren Besitz über 100 ha.

Die Bank Polski müßte die Vollmacht und die Möglichkeit zum Erwerb ländlicher Siedlungen erhalten zwecks Erleichterung mit unseren nationalen Interessen vereinbaren Verteilung der Bevölkerung. Der aufgekaufte Grund und Boden in den Wojewodschaften Krakau, Kielce u. a. m. müßte durch Vermittlung der Bank an die Bauern des jeweiligen Dorfes weiter veräußert werden. Für den erhaltenen Erlös könnten die Bauern, die ihren Grund und Boden verkauft haben, durch Vermittlung dieser Bank bedeutend größeren Landbesitz im Osten erwerben. Was die ukrainischen Bauern aus dem östlichen Klempolen und Wolhynien betrifft, so müßte man deren Auswanderung nach Kanada und Brasilien unterstützen. Die Liquidation unseres jahrhundertlangen Streites mit Rußland um die Ostgebiete, eines Streites, der 15 Kriege und 3 Aufstände verursacht hat, ist in zwei Fällen möglich: Erstens durch die Kolonisierung und Assimilierung, wodurch die russischen Ansprüche auf dieses Land durch das Verschwinden der Faktoren, die das ethnographische Material für Rußland liefern könnten, zunichte würden. Die zweite Möglichkeit — ist die Liquidation des Polentums in diesem Landstrich. Die erste stärkt unsere Macht, die zweite macht uns zu schwach, um eine tatsächliche Unabhängigkeit zu bewahren.

Der Versuch einer Kolonisierung dieses Landes durch polnischen Element war die Militärsiedlung. Sie beruhte jedoch auf falschen Voraussetzungen. Man hatte keinen Wert auf die landwirtschaftliche Schulung der Siedler gelegt und ihnen keine entsprechende Hilfe zugesichert, was eine übermäßige Verschuldung zur Folge hatte. Ein großer Prozentsatz der Siedler wirtschaftet nicht selbst, sondern verpachtet den Grund an die ortsansässigen Bauern. Die Militärsiedlung war ein mechanischer Versuch zur Lösung des Kolonisationsprozesses. Dieser Prozeß ist jedoch etwas organisches. Wir müssen in unserem Osten Verhältnisse schaffen, die diesen Prozeß unterstützen, die Meliorationen, Straßenbau, Ermäßigung der Eisenbahntarife, Befreiung der Kolonisten von Staats- und Selbstverwaltungssteuern für die ersten 10 Jahre — das sind Mittel, durch die die Kolonisation unseres Ostens unterstützt werden kann. Selbständige Bauern müßten das Kolonisationsmaterial abgeben.

Außer der ländlichen Kolonisation muß auch Wert auf die städtische Kolonisation unseres Ostens gelegt werden. Von Wichtigkeit wäre es, in die östlichen Städte ein Bürgertum aus dem gewesenen preußischen Teilgebiet zu verpflanzen. Die Posener und pommerellischen Städte sind mit diesem Element überfüllt, das mit Erfolg in den Ostgebieten verwendet werden könnte, wo es die Verbreitung der jüdischen Kolonisation aufhalten würde. Für die städtische Kolonisation mit polnischem Element aus dem westlichen Teilgebiet müßten die Städte entsprechend vorbereitet werden durch hinreichende Ausstattung mit Investitionen."

3. Czermiowski, dessen Einstellung zu diesen Fragen im wesentlichen denen von Stabinski parallel laufe, betone besonders eine organische Durchführung der Kolonisation im Gegensatz zu den bisherigen, zum Teil planlosen Versuchen, und gebe recht genaue Zahlen über die Kolonisationsmöglichkeiten an. Nach seinen Berechnungen müßten nach Befriedigung des Landbedarfes der östlichen Bevölkerung nach erfolgter Melioration noch rund 1,5 Millionen ha zur Parzellierung übrig bleiben. Darauf müßten dann aus den angegebenen Gründen Polen, besonders aus den westlichen Teilgebieten, angesiedelt werden, da gerade auch diese das Geld für die Durchführung der Melioration geben müßten. Außerdem könnten auf diese Art auch der äußerst niedrige Kulturzustand der östlichen Bevölkerung, die den technischen Erneuerungen, welche eine intensivere Bodenbearbeitung ermöglichen, nicht nur desinteressiert, sondern zum Teil sogar feindselig gegenüberstünden, gehoben werden.

Eingetieft auf die Verpflanzung der überschüssigen, besonders der arbeitssamen Bevölkerung Oberösterreichs nach den zu kolonisierenden Gegenden im Osten ist der Artikel des Dombrern Bogzowski in der „Poliska Zachodnia" eingetieft. Verfasser steht in der Anschauung der Arbeitslosen die sicherste Lösung dieser brennenden Frage. Er weist vor allem auf die großen Preisunterschiede zwischen dem Westen und dem Osten Polens hin. Während man in Schlesien 1000 bis 2000 Hektar und mehr je ha zahlt, könne man in den Ostgebieten einen nicht schlechteren Boden für 100 Hektar je ha mit einer Auszubau von 50 Jahren erhalten.

Ammer offer kauften die Juden Güter in der Zwangsversteigerung zu einem Fünftel bis zu einem Sehtel des eigentlichen Wertes. Polnisches Land werde in den Grenzgebieten parzelliert und gebe in die Hände der fremden Nationalitäten: der Ruthenen und Weißrussen über, wodurch der Besitzstand des einheimischen polnischen Elementes in ständigem Abnehmen begriffen sei. Früher hätten die fremden Mächte den größten Wert auf die Raffisierung oder Germanisierung ihrer Grenzgebiete gelegt, während von polnischer Seite heute kaum etwas in dieser Hinsicht getan werde.

Die Befürchtungen, daß der eine intensive Wirtschaftsweise gemündete schlesische oder westpolnische Bauer sich nicht an diese primitiven Verhältnisse werde gewöhnen können, müßten als unbegründet zurückgewiesen werden. Denn die Deutschen und Tschechen, die sich noch vor dem Kriege besonders in Wolhynien niedergelassen hätten, pachteten oder kauften vielfach die schlechtesten Wirtschaften, und trotzdem habe man bei ihnen Raffensieb, ordentliche Ställe und gute Pferde sehen können. Diese Siedler hätten sich dort wohl gefühlt, obgleich es in einem fremden Lande gewesen sei. Umso mehr müßten sich die schlesischen Siedler dort wohl fühlen und sich hochachten können, da es doch das eigene Vaterland sei, um das sie gekämpft hätten und in dem sie jetzt wohnen sollten.

[„Slowo"-Wilna vom 17. 8. 1934: „Poliska Zachodnia" vom 21. 9. 1934.]